

ell und Richter Montpetit (2019) in einem Artikel mit den rassistischen Grundlagen der Versicherheitlichungstheorie auseinander, die auf Eurozentrismus, methodologischer Whiteness und *antiblack Racism* basieren. Das Feld postkolonialer Ansätze innerhalb der Sicherheitsforschung bleibt allerdings klein und entsprechend selten finden sich Arbeiten zu postkolonialen Sicherheitskonstruktionen, deren Umstrittenheit, verschiedene Positionalitäten und eine Verlaufsperspektive als Perspektive. Zusammengefasst zeigen die in Kapitel 2.1. vorgestellten Arbeiten, dass europäische Staaten und Staatlichkeit nicht ohne Konflikt und Gewalt entstanden sind. Zudem wurde deutlich, dass *Statebuilding*-Analysen in einer Verlaufsperspektive Momente gesellschaftlichen Wandels und situative Machtkonstellation und -figurationen aufzeigen können. Meine Arbeit knüpft an diese Prozess-soziologischen Zugänge an: Ich betrachte Staatlichkeit als Prozess, in dem ein *image of the state* sowie ein *doing the state* geprägt werden. Sicherheit kommt innerhalb von *Statebuilding*prozessen eine besondere Bedeutung zu, da die Übergabe des Gewaltmonopols verhandelt wird und Gewalt ein sichtbares Zeichen für den Mangel an funktionierenden staatlichen Strukturen ist. Zudem wird innerhalb von *Statebuilding*-Missionen der Aufbau von Sicherheitsstrukturen priorisiert – so sind Fortschritte bei der Bekämpfung der Instabilität und der Entwaffnung wichtig für die Legitimität internationaler Missionen. In meiner Analyse lege ich den Fokus auf die Umstrittenheit von Sicherheitskonstruktionen und frage nach dem Wandel des Konzepts im Verlauf. Mithilfe postkolonialer Theorien werden dabei Machtdynamiken und Nachwirkungen entschlüsselt. Unter Zuhilfenahme bestehender Forschung will ich im Folgenden die Situation einer *Staatsbildung* im internationalisierten Kontext untersuchen und zwar in einer Verlaufsperspektive. Dabei werde ich die Erkenntnisse aus und Kritik an zeitgenössischen *Statebuilding*-Missionen auf die UN-Treuhandskonstellation in Kamerun anwenden.

2.2 Sicherheit und Staatlichkeit in Afrika

Viele regionalwissenschaftliche Arbeiten aus der Afrikanistik verweisen seit Langem auf die Dynamik zwischen Staatlichkeit und Sicherheit in Subsahara-Afrika, vor allem im Zuge von Interventionen (z.B. Boone, 2003; Chabal and Daloz, 2005; Englebert, 2009; Hentz, 2013; Herbst, 2014; Olowu and Chanie, 2015). Daher sollen diesbezügliche zentrale Erkenntnisse und Arbeiten kurz vorgestellt werden. Staatlichkeit in Afrika wurde nach den Dekolonisierungsprozessen oft als unzureichend wahrgenommen, wissenschaftlich erfuhr die Debatte um Staatlichkeit im Regionalbereich Afrika stetig großes Interesse (Hyden, 2005). Die Bandbreite der Analyseinstrumente und Konzepte umfasst: ein Stufensystem von Staatlichkeit (Clapham, 1998); »Nicht-Staatlichkeit« (Engel and Olsen, 2010); »failed-states« (Milliken, 2003; Rotberg, 2003); »rogue states« (O'Reilly, 2007); Staaten, die eigent-

lich keine sind (Jackson and Rosberg, 1986, 1982); Staaten, die geprägt sind von Gewalt und Krieg (Mgbeoji, 2011) oder von Korruption (Reno, 2008); die »Criminalization of the state« durch die »Politique du Ventre«¹¹ (Bayart, 2009, p. xlv; Bayart et al., 1999). Seit dem Aufkommen des internationalen Terrorismus wird die Fragilität von Staaten im *Globalen Süden* als problematisch angesehen; diese bereite Terrorist_innen den Boden und gefährde so die internationale Sicherheit (Krasner and Pascual, 2005; Van Evera, 2006). In vielen Arbeiten werden zwar koloniale Strukturen und Machtbeziehungen erwähnt, sie spielen aber analytisch kaum eine Rolle (z.B. Collier, 2009; Kalyvas, 2003; Reno, 2008, 2002). Obgleich der Einfluss des Kolonialismus auf Afrika beschrieben wird, wird, wie Mamdani feststellt, häufig nicht analysiert, wie Europa Afrika beherrscht und kolonisiert hat (Mamdani, 2001, p. 651). So kritisieren Arbeiten aus dem Regionalstudienbereich insbesondere die Anwendung universeller Standards auf Afrika und die Selbstverständlichkeit der Eingriffslogik (Koddenbrock, 2015b, 2015a); dadurch werde der spezifische historische Kontext, in dem afrikanische Staaten entstanden sind, vernachlässigt (Mbembe, 2001).

Oliveira (2011) beschreibt ein Auseinanderfallen von *Peacebuilding*-Theorie und der empirischen Realität und spricht von *illiberalen Peacebuilding*: Damit bezeichnet Oliveira einen Wiederaufbauprozess (nach einem Krieg), der von lokalen Eliten unter Missachtung liberaler Friedensideen – in Bezug auf Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, die Ausweitung der wirtschaftlichen Freiheiten und die Verringerung der Armut – gelenkt wird, um eine hegemoniale Ordnung zu schaffen und die *political economy* in den Würgegriff zu nehmen (Oliveira, 2011, p. 288). Oliveira argumentiert: »Stability and local ownership mostly come with a hefty price tag in terms of liberal ideals. Much that is progressive from a liberal perspective is excised from domestic state-building by empowered political actors« (Oliveira, 2011, p. 289). Insofern Oliveira davon ausgeht, dass ein innerstaatlicher illiberaler Staatsaufbau in seiner ganz eigenen Logik nachhaltiger und stabiler sein kann als internationale liberale *Peacebuilding*-Missionen, hat er eine eher pessimistische Sicht auf den Erfolg internationaler Missionen, sozialen Wandel zu induzieren. So sei illiberales *Statebuilding* u.a. von Gewalt als grundlegender Machtlegitimation sowie von extrem ungleichen Verteilungsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft geprägt (Jones et al., 2013). Nicht zuletzt zeigt seine Studie, »that in a number of African countries state-building is not an anachronistic lens to analyse politics, but that, on the contrary, daring agendas are being pursued with the explicit aim of restructuring the political economy, reshaping society, and redefining Africa's external relations« (Jones et al., 2013, p. 20) [Hervorhebung M.K.]. Jüngst fokussieren sich Arbeiten der Afrikanistik vermehrt auf die Dynamiken zwischen internationalen Organisationen und der Afrikanischen Union (AU) (Welz, 2012). Insbesondere thematisieren

11 Übersetzung: »Politik des Bauches«.

sie dabei den institutionellen Aufbau, die politischen Entscheidungsprozesse sowie den *Peace and Security Council* der AU (Gumedze, 2011). Ein Literaturstrang untersucht die Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen und deren Interventionsaktivitäten, etwa der ECOWAS (Economic Community of West African States) oder der SADC (Southern African Development Community) (Arthur, 2010; Sampson, 2011; Witt, 2013). Brosig (2015) diskutiert mit einer eher globalen Perspektive die Komplexität und die Veränderbarkeit der Beziehungsgeflechte zwischen verschiedenen intergouvernementalen Organisationen, wie UN, EU und AU im Peacekeeping in Afrika. Einen anderen Analysefokus haben Arbeiten, die die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) untersuchen (Engel and Porto, 2010, 2009). Darin werden die Wirkung und die Konsequenzen der APSA begutachtet und dargelegt, dass die APSA in normativen Veränderungsprozessen agiert. Jüngst wird eine neue Ausrichtung hin zu Prävention, Mediation und nicht-militärischen Eingriffsmöglichkeiten – anstelle von *Coup d'États* oder Militärputschen (Witt, 2013) – unter dem Stichwort *African Solutions for African Problems* diskutiert (Abatan and Spies, 2016). Die regionalwissenschaftliche Forschung stellt also heraus, dass die inner-afrikanische Friedens- und Sicherheitsagenda und deren Wandel als Kontext für Staatlichkeit und Sicherheit von Bedeutung sind. Um meine Fragestellung empirisch zu verorten, habe ich zudem historische Arbeiten genutzt, die mir ein Verständnis des kolonialen und postkolonialen Kontexts ermöglichten. Daher stelle ich im Folgenden geschichtswissenschaftliche Arbeiten vor, die sich mit Dekolonisierungsprozessen und Akteursbeziehungen auseinandersetzen.

2.3 Sicherheit in der historischen Analyse von Dekolonisierungsprozessen

Die Dekolonisierung der europäischen Kolonien zählen im internationalen System zu den umfassendsten historischen Prozessen des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1947 und den 1970er Jahre verschwanden koloniale Imperien, die für mehr als drei Jahrhunderte bestanden hatten, und eine Vielzahl neuer souveräner Staaten entstand (Rothermund, 2006). Innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Literatur ist der Begriff Dekolonisierung »ein technischer und undramatischer Begriff für einen der dramatischsten Vorgänge der neueren Geschichte« (Osterhammel, 2017; Osterhammel and Jansen, 2015). Arbeiten beziehen sich in der Regel auf den genannten Zeitraum, als die meisten Länder Afrikas ihre Unabhängigkeit erlangten: Dabei werden der Transfer von Macht (Bayart, 2009; Davidson, 1978; Hargreaves, 1988), das Ende von Imperien (Burbank and Cooper, 2010; Spruyt, 2005), administrative Instrumente (Birmingham, 1996; Eckert, 2007; Rothermund, 2006), Dynamiken des *Nationbuilding* (Darwin, 1988, 1999; Smith, 1978) sowie diplomatische Verhandlungsprozesse zwischen internationalen Akteuren sowie nationalen Eliten